



Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen e.V.

## DVParl-Forum

# **Die herausgeforderte Republik. Was leisten Parlamente und Parteien?**

*Mittwoch, den 28. November 2018 in Berlin*

*Deutscher Bundestag*

### Begrüßung

**Prof. Dr. Patrick Sensburg** MdB

*Stellv. Vorsitzender der Deutschen Vereinigung  
für Parlamentsfragen e.V.*

### Impulsvortrag

**Prof. Dr. Wolfgang Benz**

*Technische Universität Berlin*

### Diskussionsrunde

**Prof. Dr. Oskar Niedermayer**

*Freie Universität Berlin*

**Prof. Dr. Christian Waldhoff**

*Humboldt-Universität zu Berlin*

### Moderation und Leitung der Diskussion

**Dr. Birgit Eberbach-Born**

*Mitglied des Vorstandes der DVParl e.V.*

**Stellv. Vorsitzender Professor Dr. Patrick Sensburg:** Meine Damen und Herren!

Ich darf Sie herzlich zur heutigen Abendveranstaltung der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen begrüßen. Ich freue mich, dass Sie so zahlreich erschienen sind; der Abend verspricht auch viel, nämlich die herausfordernde Republik – oder die herausgeforderte; wie ist es denn eigentlich? Wie sieht es denn mit dem aus, was Parlamente und Parteien leisten können? Ich will das aus dem Alltag jetzt nicht weiter ausführen, aber wenn man politisch interessiert ist – an Fragen des Parlaments und allem, was damit zu tun hat – und die Dinge aufmerksam beobachtet, merkt man: Wir stehen vor der einen oder anderen nicht geringen Herausforderung.

Dazu, wie es da aussieht, welche Fragestellungen sich damit eröffnen und wie sie vielleicht beantwortet werden können, haben wir Experten eingeladen. Die Moderation und Leitung der Diskussion wird Dr. Birgit Eberbach-Born übernehmen.

Da ich zurzeit eigentlich noch im parlamentarischen Kontrollgremium sitze, werde ich auch ganz schnell wieder dorthin gehen müssen, aber zuvor den weiteren Verlauf der Veranstaltung in Frau Eberbach-Borns Hände legen. Sie wird Sie durch den Abend führen; ich bin mir sicher, das gelingt wunderbar. Falls das parlamentarische Kontrollgremium der Meinung ist, dass es ganz schnell zu Ende gehen soll, dann werde ich auch gleich wieder bei Ihnen sein und dieser wunderbaren Veranstaltung lauschen.

Ich wünsche Ihnen viele, viele Erkenntnisse, eine ganz tolle Sitzung, eine lebhaftere Diskussion – so war es bei den letzten Veranstaltungen immer: sehr, sehr lebhaft, alle waren freudig am Diskutieren. Von daher bin ich ganz sicher, dass es bei diesen Fragestellungen bei den Damen und Herren auf dem Panel heute auch so sein wird. Ich wünsche uns allen einen schönen Abend bei der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen und darf das Wort nun weitergeben.

(Beifall)

**Moderatorin Frau Dr. Birgit Eberbach-Born:** Herzlichen Dank, Herr Sensburg. Auch von mir ein herzliches Willkommen. „Die herausgeforderte Republik. Was leisten Parlamente und Parteien?“. Wodurch unsere Republik herausgefordert sein könnte oder herausgefordert ist, wird sicherlich unterschiedlich beantwortet, aber wovon wir alle lesen, ist das Thema Digitalisierung, das Thema globalisierte Wirtschaft, das Thema Migration.

Wenn wir noch genauer hinschauen und uns auf den engeren Rahmen beschränken, stellen wir fest, dass es auch das Thema Unterschied Stadt – Land, etwas unfreundlicher ausgedrückt: Metropole und Provinz, und - erstaunlicherweise nach fast 30 Jahren Wiedervereinigung - auch das Thema Lebensgefühl in den neuen und den alten Bundesländern ist.

Nun wollen wir uns nicht mit den Themen an sich beschäftigen, sondern mit der Frage: Wie geht Politik, wie gehen Parlamente damit um?

Wir stellen fest, dass die Auseinandersetzungen härter werden, aggressiver werden – „Bürger werden radikaler?“ Wir stellen fest, dass jeder meint, seine Meinung müsse sich durchsetzen. Der Kompromiss gerät etwas in Verruf, fast schon zum Schimpfwort. Tabus werden gebrochen, nicht nur im Internet, sondern auch von Abgeordneten, sei es des Bundestages oder der Landtage, und die Demokratie, das System, verliert an Ansehen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Entwicklungen wecken Erinnerungen an Erfahrungen aus der Geschichte; ich meine damit natürlich Weimar.

Ich freue mich außerordentlich, dass es uns gelungen ist, für unser Impulsreferat einen renommierten Historiker zu gewinnen. Ich brauche Sie, Herr Benz, nicht vorzustellen. Trotzdem erlauben Sie mir, dass ich zwei, drei Sätze zu Ihnen sage:

Professor Dr. Wolfgang Benz lehrte von 1990 - 2011 an der Technischen Universität Berlin, leitete dort das Zentrum für Antisemitismusforschung. Es gehört zu den weltweit bedeutendsten Einrichtungen seiner Art, und ich habe gehört, dass sein wissenschaftliches Werk eigentlich nicht mehr zu überblicken sei. Lassen Sie mich nur einen Kollegen zitieren, was er anlässlich Herrn Benz' Emeritierung sagte:

„Mehr als alle anderen seiner Fachgenossen bewegt ihn auch ein leidenschaftliches politisch-moralisches Engagement, der Glaube an die aufklärerischen Möglichkeiten und die politisch-pädagogischen Pflichten der Historiker.“

Der Impulsvortrag von Herrn Benz vergleicht, wie schon gesagt, Erfahrungen aus der Weimarer Republik mit gegenwärtigen Entwicklungen und Tendenzen. Lieber Herr Benz, wir freuen uns auf Ihren Vortrag.

**Professor Dr. Wolfgang Benz (Technische Universität Berlin):** Verehrte Damen und Herren! Ob die Vorfreude nicht bald verfliegt, wenn dann der Historiker, der unglücklicherweise auch noch vor langer, langer Zeit über ein Thema der Verfassung der Weimarer Republik promoviert hat, Sie jetzt im Folgenden erst einmal zu Tode langweilt? – Vielleicht gibt es dann eine lebhaftere Diskussion, die wiederbelebend wirkt.

Die Feststellung, Bonn sei nicht Weimar, mit der in den Anfangsjahren der Bundesrepublik die Stabilität des Neuanfangs von 1949 auf dem Territorium der drei westlichen Besatzungszonen beschworen wurde, ist bei gebotenem Anlass immer wieder infrage

gestellt worden. Gebotene Anlässe waren stets rechte Manifestationen und Bewegungen wie die Hakenkreuzschmierereien an der Kölner Synagoge und die antisemitischen Folgeexzesse ab Weihnachten 1959, die Sammlung der Rechten in der NPD ab 1964, die Wehrsportgruppen in den siebziger Jahren, die Neonazi-Gruppen im darauffolgenden Jahrzehnt, das Erstarken der Rechten nach der Vereinigung, speziell in den neuen Bundesländern.

Das Interesse ausländischer Medien, ob ein Rückfall der Deutschen möglich sei, die Frage, ob Hitler wieder vor den Toren stehe, wenn sich Anhaltspunkte für den Vergleich mit dem Ende der Weimarer Republik und dem Anfang des Dritten Reichs mit einer jeweils aktuellen Situation zu ergeben schienen, habe ich als Historiker häufig zu beantworten gehabt. Ende der 1900er Jahre wollte das auch ein amerikanischer Freund, ein älterer und in den USA prominenter deutsch-jüdischer Emigrant von mir wissen. Er meinte, die Deutschen hätten die Lektion aus der Geschichte des Nationalsozialismus offensichtlich gelernt. Er habe den Eindruck, die Demokratie sei stabil. Aber, fragte er – wie gesagt, Ende der siebziger Jahre –: Würde die deutsche Demokratie auch standhalten, wenn die Zahl der Arbeitslosen einmal 1 Million erreichen würde? Dahinter stand die verbreitete Skepsis, dass es eine Schönwetterdemokratie sei, die noch nie auf die Probe gestellt war.

Heute hätte ich ihm vielleicht geantwortet, dass es nicht vom politisch schönen oder schlechten Wetter abhängt, dass es nicht von Not abhängt, denn es geht uns so gut wie nie. Aber wir haben – oder manche Bürger haben - gelegentlich Probleme mit dem System Demokratie, was man sich so vorher nicht vorstellen konnte.

Vor der Berliner Republik, dem vereinigten Deutschland, fürchteten sich manche, die die demokratischen Überzeugungen der Deutschen nur für einen Tarnanstrich oder Reflex auf das Wirtschaftswunder als unverzügliche Belohnung für die Bereitschaft hielten, die politischen Lehren des Westens unmittelbar nach dem Ende des Dritten Reichs zu akzeptieren.

Die Weimarer Republik ist nach ihrem kurzen Dasein schnell in Misskredit geraten. Schon zu Lebzeiten wurde sie von Populisten, die man damals noch Demagogen nannte, die kein Verständnis für die Errungenschaft Demokratie hatten, geschmäht

und verwünscht als verhasstes System, als Geschöpf der Feinde Deutschlands, der Alliierten, als Judenrepublik, die von November-Verbrechern regiert wurde.

Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs wurde die Weimarer Republik vor allem als Auftakt und Vorspiel des NS-Regimes verstanden, und das ist überwiegend so geblieben. Die seit Jahrzehnten regelmäßig gestellte Frage, ob Weimarer Verhältnisse zu befürchten seien, ob die politische, soziale, ökonomische, die emotionale Situation einem Wiedergänger Hitlers den Nährboden biete, beschäftigt viele auch gegenwärtig wieder. Ohne den Anspruch auf eine schlüssige Antwort ist die Frage nach der Stellung des Parlaments, nach Funktion und Akzeptanz der Parteien, nach den Möglichkeiten und Grenzen des parlamentarischen Systems daher sinnvoll und auf jeden Fall legitim.

Die gute Nachricht ist zweifellos die, dass wir im Jahre 2018 100 Jahre nach der Novemberrevolution ein positiveres Bild der Entstehung der Weimarer Republik haben, als es lange Zeit gültig war. Lange Zeit stand der Untergang der Monarchie, das Ende der angeblich guten alten Zeit ja ganz eindeutig im Vordergrund. Die Geburt der Demokratie in der Novemberrevolution war aber unheilbar überschattet von den zerstobenen Illusionen des Griffs nach der Weltmacht, vom bitteren Ende des Ersten Weltkrieges, von der Kriegsschulddebatte. Die junge Republik war mit dem Makel des Versailler Friedensdiktares belastet. Nicht nur dagegen, sondern gegen das Gesellschaftsmodell Demokratie bäumten sich zu viele auf. Freikorps und Einwohnerwehren, Putschisten und Bürger, Beamte und Offiziere bildeten eine außerparlamentarische und antiparlamentarische Opposition.

Auch im Parlament saßen mit der Deutschnationalen Volkspartei und den Vernunft-Republikanern der Deutschen Volkspartei außer den Extremisten links und rechts Feinde der Demokratie und der Republik. Die Hyperinflation und die Arbeitslosigkeit schienen nicht nur den falschen Kurs der parlamentarischen Demokratie zu bestätigen, sondern auch, dass Republik und Demokratie deutscher Art deutschen Bedürfnissen und deutscher Tradition vollkommen widersprächen, dass sie als wesensfremd ungeeignet seien.

Mit dem Verdikt über die repräsentative Demokratie waren auch die Parteien verdammt, deren Status in der Verfassung von 1919 nicht definiert war. Trost suchten die

Ratlosen und die Verwirrten in der starken Persönlichkeit, im Staatsmann, für den sie den Ersatzkaiser Paul von Hindenburg hielten. Seine politische Schwäche, seine Abhängigkeit von seinen Standesgenossen und anderen Reaktionären war überdeckt durch seinen Nimbus als Feldherr des Ersten Weltkriegs und die unpolitische zur Schau getragene Biederkeit, die ihn scheinbar über ränkesüchtige und machtgierige Politiker erhob.

Solche Ideale sind, glaube ich, bei einigen auch wieder ganz modern, zumindest aus dem historischen Magazin hervorgekramt: Autorität - der starke Mann.

Hindenburgs Vorgänger, Friedrich Ebert, hatte ohne solchen Nimbus das Amt ausgeübt und war als Sozialdemokrat, als gelernter Sattler, als Kaiserersatz wenig geeignet und deshalb verachtet, aber auch als Demokrat gehasst worden, weil er die Kardinaltugend der Demokratie - den Interessenausgleich im politischen Kompromiss - versucht und gelebt hatte.

Der Blick zurück auf die Weimarer Republik, genauer gesagt auf ihr Scheitern, ist ein Prüfstein, der gerne und oft benutzt wird, wenn Rechtsradikale pöbeln, wenn Neonazis marschieren, wenn die Ökonomie schwächelt, wenn sich Ängste in der Bevölkerung in Aktionen und Organisationen artikulieren.

Das historisch-politische Denken ist immer noch davon bestimmt, dass die Weimarer Republik an ihren strukturellen Schwächen zugrunde gegangen sei, und davon, dass sie dem Extremismus auf der Rechten und dessen destruktiven Schulterchluss mit dem Extremismus der Linken erlegen sei. Die Strukturprobleme der Reichsverfassung von 1919, der Wertrelativismus, die Relikte des Obrigkeitsstaats, die Parteienvielfalt, die fehlende Definition der parteilichen Funktionen hätten zusammengewirkt, Hitler den Weg zu ebnen und die Demokratie zu Grabe zu tragen. Das ist richtig, aber es ist nicht die ganze Wahrheit.

Als Demokratiemodell hat die Weimarer Republik nur ganz kurze Zeit funktioniert. Kalendermäßig dauerte sie wie das anschließende Dritte Reich zwölf Jahre. Davon waren aber die ersten – 1919 bis 1923 - von revolutionärem und konterrevolutionärem Aufbruch und mühsamer Gegenwehr bestimmt. Die Jahre 1924 bis 1929 waren die kurze

Periode, in der unter allen denkbaren Schwierigkeiten demokratisch, das heißt parlamentarisch, regiert wurde. Das endete schon im Frühjahr 1930 mit der sozialdemokratisch geführten Regierung Hermann Müller, deren Koalitionspartner Deutsche Volkspartei, Zentrum und Bayerische Volkspartei waren. Es war übrigens die 16. Regierung in knapp elf Jahren.

Die folgenden drei Kabinette – Brüning, Papen und Schleicher –, die in den drei Jahren – 1930 bis 1933 – amtierten, waren schon nicht mehr demokratisch durch das Parlament legitimiert. Sie stützten sich mit dem Art. 48 der Reichsverfassung nur auf das Vertrauen des greisen und senilen Reichspräsidenten, der von den Eingebungen seiner reaktionären Umgebung abhängig war.

Die letzten drei Jahre der Weimarer Republik waren keine Demokratie mehr. Es war eine formal legale, in Art. 48 der Reichsverfassung begründete Reichspräsidentendiktatur. Und auch Heinrich Brüning, der Kanzler des Zentrums, war nicht der lupenreine Demokrat, für den man ihn zu lange hielt. Er hatte außer der Hoffnung auf den Wiederaufstieg Deutschlands zur Großmacht zwei Ziele: die Restauration der Monarchie – das steht wohl derzeit nirgendwo zur Debatte – und die Beschneidung der Macht des Parlaments; das ist schon ein bisschen aktueller.

Die Weimarer Republik wurde trotzdem zu lange unter dem Schock des NS-Regimes nicht als Start zur Demokratie gewürdigt, der wegen der fehlenden Bereitschaft der Mehrheit der deutschen Bürgerinnen und Bürger erst einmal scheitern musste, aber im zweiten Anlauf – mit dem Grundgesetz zur Bundesrepublik Deutschland – zum Erfolg wurde, dessen Bewährungsprobe nach der Vereinigung mit der DDR allerdings noch nicht bestanden ist. Das bezieht sich auf die programmlose Wut derer, die sich bei der Pegida-Bewegung finden und die „Alternative für Deutschland“ wählen, die den einst großen Volksparteien die kalte Schulter zeigen, die mehr politischen Einfluss fordern, aber das System der repräsentativen Demokratie nicht recht verstehen und Abstinenz gegenüber den gebotenen Möglichkeiten üben.

Der Wunsch nach mehr unmittelbarer Teilhabe durch Volksbegehren und Volksentscheid wird gerne geäußert, ohne die Konsequenzen für den Parlamentarismus und die repräsentative Demokratie zu prüfen. Es ist kein Zufall, dass der Ruf im gleichen

Verhältnis ertönt, wie die Wahlbeteiligung abnimmt. Der Wunsch nach plebiszitärer Mitwirkung ist auch ein Indiz für den Glaubwürdigkeitsverlust der Parteien.

Die Errungenschaften der aus der Revolution 1918/1919 hervorgegangenen Weimarer Republik sind wegweisend - auch für die Bundesrepublik - geblieben. Die Garantie der Grundrechte des Bürgers, die Garantie seiner Gewissensfreiheit, das Ende aller Standesvorrechte, die Gleichberechtigung von Mann und Frau – mit diesen Errungenschaften waren die Bürger der ersten Republik aber überfordert. Ihr Sehnen war rückwärtsgerichtet. Das erscheint mir auch als eine Parallele zur Gegenwart, wo Lehren aus dem nationalsozialistischen Regime verworfen werden wie 1918/19, als die Lehren aus dem Zusammenbruch der autoritären wilhelminischen Monarchie verweigert wurden. Wie anders ist die Pöbelei von AfD-Politikern gegen die Erinnerungskultur zu verstehen? Reaktionäre Gesinnung steht hinter dem Ruf nach dem historisch überwundenen Nationalstaat.

Ganz undemokratisch ist die Europa-Schelte, die Hetze gegen Flüchtlinge, Migranten und andere Fremde, der unverhohlene Rassismus gegen Muslime, die Renaissance völkischer Phrasen, mit denen das Mantra von bedrohter Heimat, drohender Überfremdung, glorifizierter Nation und deutschem Volkstum deklamiert wird. Das alles ist nicht neu. Das gab es auch in der Neonazi-Szene der 1950-er Jahre. Das erschreckte uns in den 1960-er Jahren, als der Aufstieg der NPD begann, als sie ab 1964 in die Landtage der Bundesrepublik einzog und ganz knapp an der Fünf-Prozent-Hürde des Bundestages scheiterte. Aber der Rechtsextremismus der NPD, der Deutschen Volksunion, der Republikaner blieb in der Sektiererei der Ewiggestrigen stecken und war trotz des Aufruhrs, den sie gelegentlich in Parlamenten und auf der Straße verursachten, marginal.

„Die Alternative für Deutschland“ hat zwar Fremdenhass und Nationalismus, aber kein politisches Programm, zumindest macht sie keinen Gebrauch davon. Sie drischt stattdessen die alten Phrasen der NPD und deren Vorgänger. Sie hat aber Ziel und Publikum. Die Ängste der Bürger in der Krise Europas bildeten den Anlass zur Parteigründung. Die Flüchtlinge boten den AfD-Demagogen die Plattform zur fremdenfeindlichen Agitation. Mit Beschwörungen wie, das Boot sei voll, Deutschland würde Beute fremder Eroberer, Deutschland sei kein Einwanderungsland, werden seit Jahrzehnten und



länger Ängste und Sorgen bedient und schlichte Lösungen für die Probleme der Globalisierung verheißen. Aber die das jetzt verkünden, sind keine Sektenprediger. Sie stehen an der Spitze zahlenmäßig beträchtlicher Fraktionen in den Landtagen und im Deutschen Bundestag.

Wir stehen ganz offensichtlich vor einer Situation, die es in der Geschichte der Bundesrepublik so noch nicht gegeben hat. Die beiden großen Parteien schmelzen in der Wählergunst dahin. „Die Alternative für Deutschland“ und ihre außerparlamentarischen Hilfstruppen – die Pegida-Bewegung – und die vor Ausländerwohnheimen randalierenden „Wut-Bürger“, die gegen Flüchtlinge pöbeln, und das mit dieser Szene verwobene Lager der Neonazis, der „Identitären“, der sogenannten Reichsbürger und sonstigen Rechtsradikalen erfreuen sich der Gunst einer wachsenden Anhängerschaft.

Die Lehren aus der Weimarer Republik sind von den Vätern und den wenigen Müttern des Grundgesetzes gezogen worden. Das Grundgesetz hat ja alle Mühe aufgewendet, um die strukturellen Schwächen zu beheben. Das Staatsoberhaupt hat keine Macht, und deshalb ist das Regieren gegen und ohne das Parlament unmöglich. Das erscheint mir als ein ganz großer Fortschritt. Die Parteien sind in der Verfassung als notwendige Instrumente des Mitwirkens in der repräsentativen Demokratie definiert. Es ist ein einzigartiges Instrument - ganz neu in der deutschen Verfassungsgeschichte - geschaffen worden: das Bundesverfassungsgericht mit einer eindeutigen Wächterfunktion. Und vor allem das Misstrauen der Bonner Verfassungsgeber gegenüber dem Volk war groß. Nach den Erfahrungen der Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Diktatur haben sie sich keineswegs darauf verlassen, dass der Bürger unmittelbar weise ist. Also alle plebiszitären Momente haben keinen Eingang in die Verfassung mehr gefunden, dafür ein notwendiger und großzügiger Asylartikel in der Erinnerung an die Flüchtlinge, die als politische Gegner des Nationalsozialismus oder als Juden der Verfolgung aus Hitler-Deutschland entkommen waren und irgendwo im Ausland Asyl suchten. Als Reflex darauf verankerten die Abgeordneten des Parlamentarischen Rates eine großzügige Asylregelung in der Verfassung. Sie ist inzwischen mehrfach demontiert worden; das muss ich nicht erklären – weder warum noch wie.

Ich möchte Sie nicht länger mit historischen Reminiszenzen langweilen. Ich will in sieben Thesen zusammenzufassen versuchen, was der Historiker, der sich mit der Weimarer Geschichte ziemlich gründlich beschäftigt hat, für beachtens- und bemerkenswert für die Gegenwart hält.

Erstens: Die Abstinenz gegenüber plebiszitärer Teilhabe an der Gestaltung der Politik ist richtig. Dem modischen Ruf nach mehr unmittelbarer Mitwirkung des Bürgers zu folgen ist falsch. Das zeigen Beispiele etwa aus der Schweiz, wo dann hinterher alle beteuern: Dass mit dem Minarett-Verbot haben wir aber überhaupt nicht gewollt. – Mir versichern Schweizer Kollegen, dass das praktisch jeder zufälligen Idee, wenn man genügend Unterstützer findet, das Tor öffnet. Wir erleben auch, dass das große Plebiszit nicht der Weisheit letzter Schluss sein muss: in der gegenwärtigen Auseinandersetzung der Europäischen Union mit Großbritannien.

Zweitens: Wenn die Parteien in der Weimarer Zeit ein Übermaß an Weltanschauung zeigten und lebten und damit Handlungsfähigkeit einbüßten, so ist heute eher das Gegenteil zu beklagen. Die programmatische Beliebigkeit, die die Volksparteien heute zur Schau tragen, büßen sie mit dem Verlust der Wählergunst. Parteien müssen sich aber durch eindeutige Programmaussagen profilieren.

Drittens: Der Herausforderung durch den Populismus ist nicht durch pauschale Verdammung der Wähler zu begegnen, auch nicht durch Taktieren, sondern durch konsequente Argumentation.

Viertens: Gegenüber Demokratieverweigerern wie „Identitären“ oder Reichsbürgern und anderen ist klare Kante am Platz. Dazu gibt es aber auch eine Exekutive, die vielleicht gelegentlich ermuntert werden muss, das, was sie beobachtet, auch mit ihrem Auftrag in Einklang zu bringen und entscheidend zu handeln.

Fünftens: Zu beobachten sind Selbstständigkeitstendenzen der Exekutive gegenüber dem Parlament und der Regierung. Das Problem zeigt etwa der Fall Maaßen deutlich. Wenn ein Behördenchef öffentlich Politik macht und sich dann ein langes Tauziehen anschließt, ob er dafür jetzt belohnt oder bestraft werden muss, dann herrscht, glaube ich, Bedarf an Nachdenklichkeit, wie Parlament und Regierung sich gegenüber Behör-

den, gegenüber exekutiven Organen verhalten müssen. Deutlich wird in dem erwähnten Fall der Glaubwürdigkeitsverlust demokratisch verfasster Regierungsorgane, und das darf nicht passieren.

Sechstens: Auf die emotionalen Probleme des Bürgers muss stärker reagiert werden. Da sind die Abgeordneten gefragt. Geschäftigkeit und routinierter Umtrieb stärken beim Bürger eher den Verdacht, dass die Parlamentarier sich mit sich selbst beschäftigen und den Bürger nicht ernst nehmen. Das ist eine schwere Hypothek, und da ist sehr viel zu tun, aber es erscheint mir unerlässlich, um weiterem Glaubwürdigkeitsverlust zu begegnen.

Siebtens: Der wesentliche Unterschied zwischen der Weimarer Republik und der gegenwärtigen Situation erlaubt trotz allem Zuversicht. Demokratie als System steht bei der übergroßen Mehrheit der Bürger nicht infrage.

In Weimar gab es ständig Rufe nach Verfassungsrevision. Das gibt es in der Geschichte der Bundesrepublik nicht, denn in Weimar waren – und das war die Katastrophe von Weimar, nicht das System – die Eliten und die Medien überwiegend gegen Demokratie und Republik und agitierten nach Kräften gegen Parteien und Parlamentarismus, bis das systematisch verfolgte Projekt des Untergangs der Weimarer Republik Erfolg hatte. Eliten, Medien und Bürger der Bundesrepublik erstreben keine Alternative zum System der Demokratie. Das ist das Tröstliche auch an allen Turbulenzen, die wir derzeit erleben, und das ist der entscheidende Unterschied zu Weimar, dass Hitler nicht bei jeder Gelegenheit beschworen werden muss bzw. dass er wieder vor den Toren stehe – beliebtes Spiel auch bei ausländischen Journalisten, die manchmal darauf zu warten scheinen, dass wir in die Knie gehen. Aber das ist der entscheidende Unterschied: dass Demokratie im Unterschied zu Weimar als System, als Konfliktlösungsmodell nicht zur Debatte steht.

Ich bedanke mich bei Ihnen, dass Sie mich so geduldig ertragen haben.

(Beifall)

**Moderatorin Frau Dr. Birgit Eberbach-Born:** Sehr geehrter Herr Benz, ganz herzlichen Dank – nicht nur für den tiefen Überblick noch einmal zu Weimar, sondern

vor allen Dingen auch für die sieben Lehren – so nenne ich es einmal -, die wir für heute ziehen können, und insbesondere für die siebente, die Zuversicht. Das wird uns allen guttun.

Wir steigen jetzt in die Diskussion ein, und ich freue mich, Ihnen die Diskutanten vorstellen zu dürfen. Ich beginne leider mit einer Absage: Frau Dr. Gaschke hat die Grippe ereilt und kann nicht kommen. Wir wünschen ihr von hier aus gute Besserung.

Ich freue mich, dass neben mir Herr Professor Dr. Oskar Niedermayer Platz genommen hat. Er ist Professor für Politikwissenschaft, lehrte am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität und leitete das Otto-Stammer-Zentrum, Arbeitsstelle für empirische Politische Soziologie. Mit seinen Forschungen hat er sich um die Parteien- und Wahlforschung verdient gemacht. Er ist **der** Parteien- und Wahlforscher und seine Abschiedsvorlesung trug den interessanten Titel: „Trump, Schulz und die deutschen Mitgliederparteien“.

Herr Niedermayer ist unter anderem Sprecher des Arbeitskreises Parteienforschung im Rahmen der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft und – das möchte ich besonders erwähnen – Mitglied der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen.

Ich freue mich des Weiteren, dass Christian Waldhoff - ebenfalls Mitglied der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen – bei uns ist. Herr Waldhoff ist Professor für Öffentliches Recht und Finanzrecht an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er ist Mitglied zahlreicher Vereinigungen, zum Beispiel der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer, wo er seit Januar auch Vorstandsmitglied ist. Ganz neu herausgekommen, quasi noch druckfrisch, ist der von ihm gemeinsam mit Horst Dreier herausgegebene Band „Das Wagnis der Demokratie – eine Anatomie der Weimarer Reichsverfassung“.

Herr Waldhoff, Ihren Beitrag in diesem Band haben Sie mit „Folgen, Lehren, Rezeptionen zum Nachleben des Verfassungswerks in Weimar“ überschrieben. Ihre Themen überschneiden sich zum Teil mit dem, was Herr Benz uns erläutert hat. Können Sie uns im Wesentlichen sagen, wo Sie zustimmen oder wo Sie sagen „Das sehe ich anders!“ – und wenn ja, warum, vielleicht auch beginnend mit der Frage: Bonn ist nicht

Weimar – das geflügelte Wort seit Beginn der Fünfzigerjahre -, ist vielleicht Berlin Weimar? Herr Waldhoff, wir freuen uns auf Ihre Stellungnahme.

**Professor Dr. Christian Waldhoff:** Meine Ausgangsthese wäre: Wie Weimar – Weimar als Chiffre für die Weimarer Republik und die Weimarer Verfassung – wahrgenommen wird, ist in erster Linie eine Frage der Gegenwartsbefindlichkeit. Je nachdem, wie die politische Situation, wie die verfassungsrechtliche Situation in der Bundesrepublik war, hat man Weimar unterschiedlich wahrgenommen in Abgrenzung, in Akklamation. Das sagt eigentlich mehr darüber aus. Zumindest, wenn es Nichthistoriker machen, sondern es in der politischen Äußerungswelt geschieht, ist es ein guter Indikator für die Gegenwartsbefindlichkeit.

Die Hauptthese des Bandes, den ich mit Horst Dreier herausgegeben habe, ist ja, dass die Weimarer Verfassung im Kern eine gute Verfassung war, dass die Weimarer Republik mit Sicherheit nicht an dieser Verfassung gescheitert ist, obgleich man über einige Konstruktionsdetails sicherlich diskutieren könnte. Das kann man sich an einem Gedankenbeispiel klarmachen: Die Weimarer Verfassung unter den Bedingungen der Bundesrepublik wäre vermutlich nicht gescheitert. Ob das Grundgesetz unter den Bedingungen der Weimarer Republik so erfolgreich gewesen wäre, ist eine ganz große Frage, die ich nicht zu beantworten wage, wo ich aber ein großes Fragezeichen in den Raum stellen würde. Das heißt – das hat ja Herr Benz auch gesagt -, die Bundesrepublik hat noch keine richtig große Krise erlebt. Es gab kleine Krisen – wir haben zurzeit vielleicht auch eine Krise, deren Bewertung nicht ganz einfach ist. Aber die ganz große Bewährung für das Grundgesetz steht noch aus.

Wenn immer gesagt wird, die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben aus der Weimarer Verfassung gelernt, so würde ich erst einmal sagen: Sie haben teilweise vielleicht aus Weimar gelernt – im Missverstehen dessen, was dort passiert ist. Das große Gegenbild zum Grundgesetz ist nicht die Weimarer Verfassung, sondern ist der Nationalsozialismus. Das Bundesverfassungsgericht hat in der freilich nicht unumstrittenen Wunsiedel-Entscheidung gesagt: Der Nationalsozialismus ist das identitätsprägende Gegenbild unserer Verfassung – nicht die Weimarer Verfassung.

Ich würde mit Herrn Benz völlig übereinstimmen, dass Plebiszite weder in der jetzigen Situation noch sonst irgendwelche Lösungen sind. Nur, dass Weimar an den wenigen

Plebisziten, die dort stattgefunden haben, gescheitert ist, glauben heute weder Historiker noch Juristen. Es haben, glaube ich, nur sechs oder acht Volksbegehren stattgefunden. Nichts war letztlich erfolgreich. Einige wurden verboten, weil sie Finanzfragen betrafen. Die einzige Äußerung direkter Demokratie der Weimarer Republik, was in der Spätphase 1929 den Nationalsozialisten schon ein gewisses Podium gab, war die Abstimmung über den sogenannten Young-Plan. Da kann man ein paar Teilelemente entdecken, dass Formen direkter Demokratie im politischen Gesamtsetting missbraucht wurden. Die anderen waren alle unbedeutend, randständig und haben das politische Leben in Weimar gar nicht geprägt.

Ich würde allerdings nicht mit Herrn Benz übereinstimmen, dass die Schweiz jetzt das schlechte Beispiel ist, dass direkte Demokratie nicht funktionieren kann. Die Minarett-Initiative muss man nicht mögen - ich mag sie auch nicht -, sie ist aber keine riesige Katastrophe. Dass das in der Schweiz völlig anders ist, liegt an zwei Gründen, erstens daran, dass dort im Prinzip jede politische Entscheidung unter direktdemokratischem Vorbehalt steht – bei uns sind das nur punktuelle Entscheidungen; das ist viel schwieriger mit einem parlamentarischen System zu koordinieren. Und zweitens: Die Schweiz hat ja gar keine parlamentarische Demokratie, weil die Regierung überhaupt nicht abhängig ist vom Parlament. Insofern ist das ein völlig anderes Setting. Die Vergleiche mit der Schweiz sollte man also ein für alle Mal beerdigen.

**Moderatorin Frau Dr. Birgit Eberbach-Born:** Vielen Dank. Die Schweiz hat jetzt auch noch einmal Glück gehabt mit ihrem Plebiszit zum Völkerrecht und dazu, ob die Kühe Hörner haben dürfen oder nicht; das war ja ganz spannend.

Herr Prof. Niedermayer, ich möchte Sie fragen, ob Sie zum einen das, was Ihre Vordredner gesagt haben, kommentieren möchten – zustimmend oder ablehnend. Darüber hinaus fände ich es auch interessant, wenn Sie etwas zu dem aktuellen Zustand unserer Parteien, die ja für die Demokratie von besonderer Wichtigkeit sind, sagen würden.

**Professor Dr. Oskar Niedermayer:** Kommentare zu Weimar verkneife ich mir größtenteils, da ich kein Historiker bin. Das einzige, was mir aufgefallen ist, ist, dass die Weimarer Parteien mit dem verglichen wurden, was wir in der Bundesrepublik in Bezug auf die Frage der Unterscheidbarkeit der ideologischen Verankerungen haben, wo

Herr Benz deutlich gemacht hat, dass es den deutschen Parteien, insbesondere den Volksparteien guttäte, wenn sie wieder unterscheidbarer wären, wenn also die Bevölkerung tatsächlich auch Alternativen hätte. Viele sagen durchaus, wenn man sie fragt, dass alles eins sei und man gar nicht mehr wisse, wofür die Parteien überhaupt stünden, und es im Prinzip egal wäre, wen man wählt. – Gut, jeder, der das sagt, hat noch nie in die Programme der Parteien geguckt. Die unterscheiden sich schon.

Aber die Parteien unterscheiden sich auch grundlegend von den Parteien der Weimarer Republik. Das waren ja, wenn man jetzt einmal die beiden mit den historischen Traditionslinien nimmt, in der Weimarer Republik Massenintegrationsparteien auf Klassen- oder Konfessionsbasis mit sehr stark voneinander abgeschotteten Wählerschaften, die durch sozialmoralische Milieus, wie es Lepsius genannt hat, wirklich stark voneinander getrennt waren, wie man so schön sagte: in ein sozialistisches und ein Arbeitermilieu – von der Wiege bis zur Bahre Sozialdemokrat, also in lebensweltlichen Zusammenhängen, aus denen man nicht herauskam, in die man hineingeboren wurde und die vor allen Dingen so eine Art unidimensionale Sozialisationswirkung auf die Partei entfalteten, die das jeweilige Milieu politisch vertreten hat, also die SPD das Arbeitermilieu und das Zentrum das katholische Milieu.

In der Bundesrepublik haben wir es mit einer ganz anderen Art von Parteien zu tun, nämlich mit Volksparteien, und das beruht auf Entscheidungen der politischen Elite. Das beruht darauf, dass die katholische Elite vor der Frage stand: Wollen wir sozusagen das Zentrum wiederbeleben, rein auf katholischer Basis, oder wollen wir die Union aller christlich denkenden Menschen herstellen, aller Leute mit einem christlichen Weltbild, mit einem Wertesystem? Deswegen heißen die beiden – CDU und CSU - ja nicht Partei, sondern Union, weil eben der Unionsgedanke sich durchgesetzt hat und dann dazu führte, dass die Union von ihrer Gründung an immer stärker hinausgriff über die traditionellen historisch bedingten Kernwählerschaften und neue Wählerschichten erschloss und erst dadurch zu dem wurde, was wir später als Volksparteien bezeichnen. Und genauso ging es der SPD, die erst ein bisschen hinterherhinkte, aber sich dann Ende der Fünfziger mit dem Godesberger Programm von einer eher marxistisch inspirierten Arbeiterpartei auch zu einer Arbeitnehmerpartei und damit zu einer Partei mit sehr viel breiteren Wählerschichten entwickelte.

Das bedeutet aber, wenn wir dann noch berücksichtigen, dass die gesellschaftliche Entwicklung in den letzten Jahrzehnten einen dramatischen Wandel hinter sich hat – sowohl im ökonomischen Bereich – also einen Wandel der Erwerbsstruktur – als auch im gesellschaftspolitischen Bereich – Säkularisierung als Stichwort, was gerade die Katholiken betrifft, und ähnliche Wandeltendenzen, die dann dazu geführt haben, dass diese festgefügt sozialen Milieus, die das Kaiserreich und dann vor allen Dingen auch die Weimarer Republik geprägt haben - mit unglaublichen vielen auch Vorfeld- und Stützungsorganisationen im Bereich von Gewerkschaften, Kirchen usw., spätestens seit den Sechzigern einfach erodieren und dann deswegen auch die langfristigen Bindungen an die Parteien weniger geworden sind, die früher in diesen Milieus dazu geführt haben, dass man nicht nur vom Kopf her Sozialdemokrat oder Zentrumsanhänger war, sondern auch vom Herzen her Partei als Heimat gesehen, also eine emotionale Bindung an die Parteien entwickelt hat. Wenn man so eine starke Parteibindung hat, dann wählt man die Partei auch sein Leben lang; da muss sehr viel passieren.

Diese Bindungen sind zurückgegangen und die Parteien – die groß bleiben oder wieder werden wollen, wie es die SPD momentan versucht - haben heute die Situation, dass sie nicht mehr auf diese gesellschaftlichen Großgruppen, die relativ homogen waren – auch in ihren Interessen – zurückgreifen können, sondern eben sehr, sehr viele unterschiedliche Gruppen von Wählerinnen und Wählern gleichzeitig einbinden müssen, um genügend große Wählerschaften und Unterstützung zu generieren. Und das ist eben in einer zunehmend individualisierten Gesellschaft, wo Gruppenzusammenhänge immer weniger bedeuten, immer schwieriger und bringt natürlich die Gefahr mit sich, weil die deutsche Wählerschaft sich sozusagen ideologisch um die Mitte gruppiert, wobei ich kein Freund der einfachen Rechts-Links-Einteilung bin, dass an den Rändern eben wenige Wähler sind und zudem Parteien mit den Großen konkurrieren, weswegen man so einen Balanceakt vollführen muss, halbwegs in der Mitte zu bleiben, nicht zu stark an die Ränder zu gehen, aber gleichzeitig sich doch soweit unterscheiden zu müssen, dass man den Wählern Angebote macht, warum man die eine und nicht die andere Partei wählen soll. Das ist etwas, was immer schwieriger wird und dazu führt, dass manche Leute sagen: Sie unterscheiden sich nicht mehr. – Das ist ja genau das, was momentan in den beiden Volksparteien diskutiert wird: die sogenannte Erneuerung der SPD, die sich ja genau darum dreht: Wie werden wir auch wieder unterscheidbarer? Der linke Flügel sagt: Wir müssen weiter nach links gehen! – Die Frage ist: Was bedeutet links? – Wir haben halt bei uns nicht eine große Konfliktlinie,



die man sich mit dem Links-Rechts-Gegensatz einfach vorstellen kann, sondern wir haben zwei Konfliktlinien – sowohl in der Gesellschaft als auch im Parteiensystem. Das eine ist eine wirtschaftspolitische, ökonomische, ein Sozialstaatskonflikt. Da geht es um die Frage der Wertgrundlagen - soziale Gerechtigkeit auf der einen Seite, Marktfreiheit auf der anderen Seite. Da müssen sich die Parteien positionieren. Darüber wurden die Wahlen traditionell eher entschieden. Da liegen auch die Markkerne der beiden großen Parteien, also die Sozialkompetenz bei der SPD, die Wirtschaftskompetenz bei der Union. Und dann haben wir aber eine gesellschaftspolitische Konfliktlinie, die man schwieriger bezeichnen kann, wo linksliberal, multikulturell, globalistisch orientierte Werte eher konservativen bis hin zu autoritären Werten gegenüberstehen, auch die deutsche Identität, deutsche Kultur hochhaltenden Wertesystemen.

Das Problem, das wir in den letzten Jahren haben, ist die Tatsache – und das Thema muss man schlicht und einfach so benennen, weil es empirisch ganz klar nachweisbar ist -, dass durch die Flüchtlingspolitik von Frau Merkel ab September 2015 die gesellschaftspolitische Konfliktlinie in ihrer Relevanz sehr viel stärker geworden ist und anhand dieses Themas die Diskussionen und die Wahlen sehr stark beeinflusst – alle nachfolgenden Landtagswahlen und die Bundestagswahl – und diese Konfliktlinie sehr viel schwieriger auch gesellschaftlich und von den Parteien zu handeln ist, weil sie moralisch überhöht ist, weil sie eine gesellschaftliche Spaltung, eine gesellschaftliche Polarisierung erzeugt hat, wo sich die Gruppen ziemlich unversöhnlich gegenüberstehen, weil jede der beiden Seiten das Gefühl hat, er habe die absolute Wahrheit für sich gepachtet.

Deswegen sind Kompromisse, wie sie im ökonomischen Bereich, im Sozialstaatskonflikt viel einfacher möglich sind – wenn die einen 8 und die anderen 12 Euro Mindestlohn wollen, trifft man sich bei 10 -, bei so moralisch aufgeladenen Konfliktbereichen viel schwieriger und sind die Spaltungstendenzen und die Polarisierung viel stärker. Damit haben wir im Moment zu kämpfen – und das trifft beide Parteien, die Union halt viel stärker als die SPD –, und das war der einzige Grund für den starken Aufstieg der AfD.

Man darf nicht vergessen: Die AfD war im Sommer 2015 bei 3 bis 4 Prozent, nachdem sich der Lucke-Flügel des Gründers der AfD von der Partei abgespalten hatte. Und sie

hatte ja auch am Anfang einen ganz anderen Markenkern, nämlich die Kritik - die neolibérale Kritik, wenn man so will - an der Euro-Rettung. Als die Partei ziemlich am Boden lag, kam dann der Herbst 2015 und die AfD hat sehr schnell begriffen, welche Chance darin liegt, und hat ihren Markenkern - sozusagen das Thema, das sie nach außen verdeutlicht - sofort auf die Flüchtlingsfrage umgestellt und fährt seither mit diesem Thema ihre Wähler ein.

Da muss ich auch Herrn Benz sehr stark unterstützen: dass man unterscheiden muss zwischen der Partei und ihren Wählern, weil die überwiegende Mehrheit der Wähler keine in der Wolle gefärbten Überzeugungstäter sind, sondern sogenannte Protestwähler, also Wähler, die die AfD wählen, um den anderen Parteien wegen ihrer Flüchtlingspolitik eins auszuwischen, einen Denkkzettel zu erteilen. Und alle anderen Parteien waren ja auf der anderen Seite. Es war ja nicht nur so, dass die Union diese Politik gestützt hat, sondern auch die SPD und auch die beiden Oppositionsparteien im Bundestag, sodass die AfD ein Alleinstellungsmerkmal im Parteiensystem in ihrer Antihaltung zu dieser Flüchtlingspolitik hatte – von der nur in Bayern wählbaren CSU abgesehen. Aber das hat sie groß gemacht, und davon zehrt sie noch heute. Und da dieses Thema immer wieder hochkommt, wie man es ja jetzt auch wieder in der Diskussion um die Nachfolge von Frau Merkel sieht, ist es sofort wieder da. Es schwelt seit 2015 im Untergrund, kommt immer wieder nach oben. Seit dem Sommer und dem Streit zwischen Seehofer und Merkel, bei der Bundestagswahl 2017, wo die AfD der Union fast eine Million Stimmen abgenommen hat, haben wir bis heute dieses Thema in der Bevölkerung, auch wenn es die Politiker oder viele Politiker nicht wahrhaben wollen. Es ist mit Abstand das immer noch wichtigste Thema. Seit drei Jahren ist dieses Thema ganz einsam ganz weit oben bei den Leuten, wenn sie gefragt werden, was in Deutschland an politischen Themen wichtig ist und was nicht.

Vor diesem Hintergrund lassen sich die Veränderungen im Parteiensystem ziemlich gut erklären, sowohl der Aufstieg der AfD als auch teilweise der Aufstieg der Grünen – ich sage teilweise, da gibt es viele andere Gründe -, aber wenn ich eine so polarisierte gesellschaftliche Situation habe, dann nützt es natürlich den beiden Parteien, die von der Bevölkerung als die politische Vertretung der beiden Pole wahrgenommen werden, und das ist die AfD auf der einen Seite und sind die Grünen auf der anderen, weil die Linkspartei keine Rolle mehr spielt, da sie sich nur noch mit sich selbst beschäftigt.

**Moderatorin Frau Dr. Birgit Eberbach-Born:** Vielen Dank. Ich sehe, dass sowohl Herr Benz als auch Herr Waldhoff eifrig mitschreiben. Ich vermute, dass das auch zu dem Thema Kompromissmöglichkeiten und Glaubensfragen in einer Demokratie geht. Wenn es um Glauben geht, gibt es schwer Kompromisse, dann wird man polarisierend. – Herr Waldhoff und dann Herr Benz, bitte.

**Professor Dr. Christian Waldhoff:** Ich würde auch noch einmal betonen, dass die Bedeutung der Parteienstruktur für eine parlamentarische Demokratie überhaupt nicht zu überschätzen ist und dass der Großteil der Stabilität der Bundesrepublik eben gerade darauf beruht.

In Weimar – das ist ja vielfach gesagt worden – hat schon bei der ersten Wahl nach der Nationalversammlungswahl – die Weimarer Koalition, also diejenigen politischen Parteien, die die Weimarer Verfassung aus vollem Herzen mittrugen, nämlich SPD, Zentrum und DDP, die Mehrheit verloren und nie wiedererlangt, während in der Bundesrepublik - in den Bundestagswahlen von 1949, 53 bis 57 - die Zahl der eindeutig verfassungsbejahenden Parteien immer nur nach oben gegangen ist. Und sie ist auch in der Gegenwart noch nicht dramatisch abgesunken, denn der Diskurs findet schon im Wesentlichen bei den Parteien noch im System, im Spektrum des Grundgesetzes statt.

Herr Benz hat zu Recht auf Artikel 21 Grundgesetz hingewiesen: erstmals in der deutschen Verfassungsgeschichte und auch international weitgehend alleinstehend eine positive Konnotation politischer Parteien in einer Verfassung, in einer ganz prominenten Vorschrift. Das ist erst einmal symbolisch wichtig, aber das wichtigste an Artikel 21 ist meines Erachtens – und das ist ein Sicherungsmechanismus, den wir hoffentlich nicht zu stark brauchen, aber den man aktivieren könnte – nicht das Parteiverbot, sondern das Gebot der inneren demokratischen Struktur der Parteien. Damit sind nämlich echte Führerparteien nicht möglich. Das wird auch kontrolliert. Ich habe mich ja einmal länger mit der NPD beschäftigen dürfen: Man wird selbst der NPD nicht vorwerfen können, dass sie eine Führerpartei sei. Die Führer sind ja auch so schwach, so lächerlich schwach, dass das gar nicht in Betracht kommt. - Das ist also ein Mechanismus, der bisher nur in Randbereichen, wenn ich es richtig sehe, aktiviert werden musste.

Aber das wäre noch ein Sicherungsmechanismus sozusagen, der uns von Weimar unterscheidet.

Und vielleicht noch zu den Volksparteien: Das große Verdienst der Volksparteien ist ja, dass sie die Kompromissbildung schon in sich vorvollziehen und damit den parlamentarischen Prozess entlasten. Der parlamentarische Prozess – das konnte man in Weimar, glaube ich, sehen – war überlastet, wenn keine Vorkompromissfindung im vorparlamentarischen, vor allen Dingen im innerparteilichen Bereich stattfindet. Insofern muss man sich durchaus Sorgen machen, wenn der Zenit der Volksparteien womöglich überschritten ist. Aber vielleicht kommt ja auch eine neue Volkspartei in anderem Gewande daher, wo dann die Kompromisse doch wieder innerhalb der Partei geschlossen werden müssen.

**Professor Dr. Wolfgang Benz (Technische Universität Berlin):** Ich möchte noch auf einen Punkt zurückkommen – ansonsten ist auf dem Podium ja eine erstaunliche Einigkeit zu konstatieren: das programmatische Profil der Volksparteien. Das erwarte ich doch eigentlich auch, wenn jede soziologische Erläuterung klar macht, dass es auch gut ist, dass man nicht mehr, wie in der Weimarer Republik, aufeinander einschlägt. Mein Vater war ein überzeugter Zentrums-Mann. Er geriet schon in körperliches Unwohlsein, wenn von der Sozialdemokratie nur die Rede war. Das hat sich auch über 1945 hinaus erhalten. Diese starre programmatische Selbstbezogenheit ist verschwunden.

Aber nehmen wir doch einen prominenten Fall, der sehr rasch unter den Tisch gekehrt wurde: Sarrazin. – Ein Sozialdemokrat, der sich damit brüstet, Sozialdemokrat zu sein, der sich inzwischen auch höhnisch über seine Partei äußert, schreibt Bücher, in denen er sich als Sozialdarwinist – mindestens als Kulturrassist gegenüber zuwandernden Minderheiten – artikuliert. Wie passt das zu der Partei, für die – Herr Niedermayer hat den Markenkern auch gerade beschrieben – die Sozialkompetenz an vorderster Stelle steht, die SPD? Warum wirft die dann einen Menschen, der gegen den Geist und wahrscheinlich auch gegen die Statuten der Partei verstößt, nicht hinaus? Das frage ich seit Jahr und Tag zu deren großem Unbehagen alle einigermaßen prominenten Mandatsträger und Funktionäre der SPD. Die öffentlichen Antworten sind da: Ja, das geht nicht so leicht! - Und: Man kann nicht so ohne Weiteres jemanden hinauswerfen. -

Oder: Das ist ganz unmöglich. – Ja, wir schämen uns in Grund und Boden, dass uns das nicht gelungen ist. – Aber das wird dann unter vier Augen verhandelt.

Wenn eine Partei, um Volkspartei zu sein, dann also auch am innersten Markenkern Abstriche macht, ist denn dann das Volksparteimodell wirklich noch so attraktiv, dass man zur Wahlurne strebt und sagt: Diese Partei muss es sein und keine andere!? – Das fragt sich der Historiker, der sich ziemlich gründlich auch mit dem Verhalten von Wählern – nicht mit Strukturen von Parteien, aber mit dem Verhalten und den Emotionen von Bürgern - beschäftigt hat. Es ist mir und bleibt mir wohl auch rätselhaft, wie man große Politik machen will, ohne jetzt auch ein deutliches Programm zu zeigen. Deshalb habe ich jetzt den Fall Sarrazin gewählt, weil es da tatsächlich an den Markenkern, an die Sozialkompetenz der Partei geht.

**Moderatorin Frau Dr. Birgit Eberbach-Born:** Vielen Dank. Ich habe den Eindruck, Herr Waldhoff will erklären, warum die SPD Herrn Sarrazin nicht rausschmeißt.

**Professor Dr. Christian Waldhoff:** Nein, das will ich nicht erklären, aber ich will etwas Wasser in den Wein gießen, dass Volksparteien eine so klare Programmatik haben können.

Natürlich ist es so, dass die Unterscheidbarkeit etwa von Union und SPD jetzt durch gewisse politische Entwicklungen gesunken ist; das will ich nicht bestreiten. Aber der Prototyp der Volksparteien der Bundesrepublik - nämlich die Union - hatte doch ewig überhaupt kein Programm, brauchte sie im Übrigen auch nicht, weil sie auf Milieus aufbauen konnte und mit Personen überzeugte. Das heißt, in Volksparteien ist es doch viel schwieriger, ein profiliertes Programm zu haben, als in Interessenparteien. Für Interessenparteien ist das keine große Schwierigkeit, aber wenn die Volkspartei schon kompromisshaft übergreifend agieren muss, verschimmt die Klarheit des Programms logischerweise notwendig. Das Problem scheint mir zu sein – was ja Herr Niedermayer gesagt hat -: Die sozialliberalen Milieus á la Rainer Lepsius lösen sich auf oder haben sich aufgelöst, die konfessionellen Milieus, das Arbeitermilieu – alle möglichen Milieus, und das ist eine Basis gewesen, die ja auch programmersetzend war. Also wenn die Milieus intakt sind und ich in das Milieu hineingeboren werde und es nicht verlasse und mich deshalb im Wesentlichen dort bewege und dann auch die zugehörige Partei wähle und dort mitmache, dann brauche ich eigentlich kein Programm, weil mein Milieu

das Programm ist. Wenn jetzt natürlich die Milieus erodieren – sie sind ja weitestgehend erodiert -, dann braucht man vielleicht doch wieder ein Programm. Das heißt sich aber ein bisschen mit der Idee der Volksparteien.

**Moderatorin Frau Dr. Birgit Eberbach-Born:** Das hängt möglicherweise aber auch mit der zunehmenden Individualisierung auf der einen Seite und der jetzt möglicherweise wiederkommenden Tendenz auf das Eigene, das Traditionelle auf der anderen Seite zusammen. – Herr Niedermayer erhält noch einmal das Wort, und dann würde ich gern Raum für die Diskussion oder kurze Beiträge oder Fragen aus dem Publikum geben.

**Prof. Dr. Oskar Niedermayer:** Die Zentralproblematik ist ja durchaus erläutert worden. Ich will nur noch darauf hinweisen: Der Markenkern der drei Volksparteien liegt ja in der ökonomischen Konfliktlinie. Das heißt, die Sozialkompetenz und die Wirtschaftskompetenz sind Markenerne, die in diesem Konfliktbereich liegen, und der gesellschaftspolitische Konflikt, der jetzt in der Relevanz viel stärker ist als der ökonomische Sozialstaatskonflikt, den haben die beiden Großen tatsächlich internalisiert. Da gibt es eben in den Parteien genau diese Spannweite von Befürwortung und Kritik der zentralen Thematik der Flüchtlingsfrage, die dazu führt, dass alle großen Parteien wirklich keine klar definierten Standpunkte in diesem Konfliktbereich einnehmen, was sie wieder angreifbar macht und was wieder den beiden Parteien nützt, die diese klaren Standpunkte haben. Das sieht man an der Tatsache, dass in der SPD das große Problem besteht, dass die Funktionärsschicht und auch die Parteitage delegierten und die Führungsschicht auch aus einer anderen soziologischen Schicht stammen als ihre Traditionswählerschaft, nämlich durchaus aus der linksliberal denkenden Mittelschicht, und deswegen andere Wertprioritäten, andere Interessen hat als ihre Traditionswählerschaft aus dem Arbeitnehmerbereich. Das sieht man an der Flüchtlingsfrage ganz dramatisch, denn die AfD ist ja nicht von ungefähr in den meisten Wahlen seit 2015 bei den Arbeitern die stärkste Partei. Das darf man nicht vergessen. Es ist also nicht so, dass nur von der christdemokratischen Seite Wähler abgewandert sind, sondern bei der Bundestagswahl fast genauso viel von Linkspartei und SPD zur AfD gegangen sind – mit anderen Motiven als die Wählerschaft, die von dem bürgerlich-konservativen Lager abgewandert ist. Dort dreht es sich um die Frage Staatsverständnis – Staat hat seine Grenzen zu definieren, hat seine Bevölkerung nach innen wie nach außen zu

schützen -, Rechtsstaatsverständnis, dem Vorwurf des Staatsversagens mit der Offenhaltung der Grenzen und Ähnliches, während sich bei den von den Linken abgewanderten Wählern eine Art neues Motiv der sozialen Gerechtigkeit, eine rechte Konzeption von sozialer Ungerechtigkeit durchgesetzt hat, nämlich die Argumentation, die ich sehr oft von solchen Wählern gehört habe: Uns habt ihr über Jahre erzählt, dass bei uns kein Geld da ist. Jetzt kommen die Flüchtlinge, und plötzlich sind die Milliarden da, die der Staat für sie ausgeben kann! Bei uns aber verrotten die Schulen und geht die Infrastruktur kaputt! – Das sind vor allen Dingen Argumente, die gerade in Ostdeutschland noch viel stärker kommen, dass man sich vom Staat allein gelassen fühlte, dass man sich benachteiligt fühlte und dann gesagt hat: Aber die, die ja gar nichts dazu beigetragen haben, werden jetzt von unseren Steuergeldern finanziert! Das empfinden wir als sozial ungerecht. Und dann sind es auch noch Leute, mit denen wir kulturell Schwierigkeiten haben, weil sie aus anderen Kulturkreisen kommen, weil sie Muslime sind! – Und im Osten höre ich auch das Argument: Nach der Wiedervereinigung waren wir Bürger zweiter Klasse – jetzt sind wir Bürger dritter Klasse! – Das ist die Motivlage, die bei dieser Art von Abwanderern vorherrscht. Und die Volksparteien tun sich schwer, dem etwas entgegenzusetzen, weil sie diesen Konflikt tatsächlich internalisiert haben und deswegen nicht zu einer klaren Positionierung finden. Das ist ja im Moment der Kampf zwischen den unterschiedlichen Gruppen. Das ist im Moment auch eines der wesentlichen Themen beim Wahlkampf, wenn Sie so wollen, um den neuen CDU-Vorsitz. Merz hat es an einem völlig untauglichen Objekt hochgezogen: an der Frage des Asylrechts bei uns. Das war ein Riesenfehler von ihm. Aber die Thematik ist natürlich da, und die ist in der Partei genauso kontrovers diskutiert wie in der Gesellschaft.

**Moderatorin Frau Dr. Birgit Eberbach-Born:** Wir wollen keine weitere Regionalkonferenz aufmachen, sondern ich möchte jetzt die Diskussion öffnen. Ich habe bis jetzt drei Wortmeldungen.

**Dr. Hans-Joachim Berg (Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin [AfD-Fraktion]):** Ich möchte zwei kurze Bemerkungen zu Herrn Benz machen, einmal eine Bemerkung, die ich damit einleite, dass ich hoffe, Sie falsch verstanden zu haben, denn Sie sagten etwas von einer sinkenden Wahlbeteiligung, seit die AfD auftritt. Nach meiner Kenntnis ist das Gegenteil der Fall. Die Volksparteien haben weniger Prozente erhalten, aber einer der demokratischen Erfolge der AfD – wie ich finde – ist, dass sie

den Anteil der Nichtwähler stark reduziert hat. Ich halte das für einen demokratischen Fortschritt für unser Land. Wenn ich Sie falsch verstanden habe, sollte mich das freuen.

Die zweite Bemerkung: Auch Sie haben wieder das Mantra der Monothematik der AfD in den Raum gestellt. Es wird ja nicht dadurch richtiger, dass es überall wiederholt wird – in Publizistik und Wissenschaft. Dass sich eine Partei ein Thema zu eigen macht, das offensichtlich den Bürgern in großer Masse auf den Nägeln brennt – das hat Prof. Niedermayer ja bestätigt -, ist mehr als selbstverständlich. Ansonsten hat die AfD selbstverständlich zu einem riesigen Bereich von politischen Themen thematische Vorstellungen. Unser Parteiprogramm ist über 60 Seiten lang. Dass konsequent negiert wird, dass wir zu all den Bereichen Aussagen treffen, ist klar, kann ich aber nur als Bestandteil des politischen Kampfes gegen die AfD betrachten und nicht als Sachverhaltsbeschreibung über den politischen Auftrag einer Partei, so wie sie sich versteht.

**Professor Dr. Wolfgang Benz (Technische Universität Berlin):** Zum ersten Teil: Das ist ein Missverständnis.

Zum zweiten Teil: Ich bin ein interessierter Bürger, ich verfolge die Berichterstattung aus den Parlamenten. Ich bin gespannt und freue mich darauf, wenn ich Lügen gestraft werde. Wenn ich mich geirrt haben sollte, werde ich, damit wir uns auch gut verständigen können, dieses Mantra nicht mehr deklamieren. Aber bisher habe ich nicht den Eindruck. Auch Herr Gauland hat kürzlich in einem Interview bestätigt, dass er sich mit diesen und jeden Fragen überhaupt nicht beschäftigt hat – das komme dann später dran.

(Dr. Hans-Joachim Berg: Habe ich nie gesagt! Das würde ich niemals sagen!)

Also ich bin gespannt und freue mich auf die differenzierten Sachaussagen.

(Dr. Hans-Joachim Berg: Ich schicke Ihnen mal was zu!)

**Wolfgang Wieland:** Als Grüner möchte ich zunächst etwas zur Ehrenrettung der SPD sagen: Gegen Sarrazin gab es durchaus ein Ausschlussverfahren. Das Parteigericht hat ihn nicht ausgeschlossen. Er hat formal nicht gegen Statuten verstoßen. Er hat



nicht zum Aufbau einer anderen Partei, er hat nicht zur Wahl einer anderen Partei aufgerufen. Er hat in dem Sinne nur von seiner Meinungsfreiheit Gebrauch gemacht – und dann wird es schwierig, Herr Benz. Er quält die SPD damit, dass er Mitglied bleiben will. Jemanden auszuschließen, weil er eine verquere Meinung vertritt, hat hier nicht geklappt, und im Moment wagt sich niemand, nun wegen jedes neuen Buches wieder ein Ausschlussverfahren anzustrengen.

Zur Monothematik der AfD: Das muss ich schon mal sagen: Ich bewundere Sie fast dafür, dass Sie bei jedem Thema auf Flüchtlinge kommen.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn es um Entwicklungszusammenarbeit geht, wird hier im Plenum gesagt, der Mensch soll doch in Afrika bleiben, weil da sein CO<sub>2</sub>-Abdruck geringer ist, als wenn er nach Deutschland käme. Gaulands Rede zur Einbringung des Haushaltes enthielt wieder nur: Was kosten die Flüchtlinge im Vergleich zum Autobahnbau, im Vergleich zur Familienförderung, hierzu, dazu? Natürlich punkten Sie nur mit dem Thema Flüchtlinge.

Auch wenn es Frau Merkel nicht gegeben hätte, Herr Niedermayer, wären die Flüchtlinge gekommen – nicht so komfortabel, aber irgendwann wären sie auf dem Balkan-treck in der Bundesrepublik gelandet, wie sie in Schweden, wie sie in Frankreich angekommen sind - mit Hinderungen. Merkel hat da möglicherweise kommunikative Ungeschicklichkeiten begangen - das sehe ich auch so –, hat insbesondere nicht auf das Einmalige der Situation hingewiesen. Aber zu sagen „Ohne Merkel hätten wir diese zugespitzte Flüchtlingssituation nicht gehabt“, trifft, denke ich, nicht zu. Sie hat vor allem ihre eigene Partei überfordert. Ihre eigene Partei war es wohnt, dass gesagt wird: Wir halten euch die Flüchtlinge vom Hals! – Ich erinnere mich noch an die Rüge-Papiere, bin ja ein alter Hase. Anfang der 90er-Jahre hat Rüge genau das gefordert, was die AfD jetzt macht: die Kosten der Flüchtlinge in jeden Gemeinderat, in jede Versammlung hineinzutragen, um dann den Asylkompromiss zu bekommen, den es 1993 auch gab. Die Melodie, die die AfD jetzt singt, ist gar nicht so neu, nur dass jetzt eine Kanzlerin sozusagen zum größten Pull-Faktor in der Bundesrepublik wird, Vorsitzende einer Partei, die all unsere Anträge immer mit der Begründung abgelehnt hat: „Wenn

wir das machen, ist das ein Pull-Faktor; deswegen können wir es nicht machen“. Sie hat, wie gesagt, insbesondere ihre Partei überfordert.

Wie geht man mit dieser Situation um? Da wurde, finde ich, richtig gesagt: Man kann sich nicht darauf verlassen, dass man sagt: 15 Prozent wählen die AfD, also wählen sie 85 Prozent nicht! – Das ist gefestigt, das ist gut – ist auch meine Beruhigung, ja, aber man muss natürlich auch – und da gebe ich Herrn Niedermayer sogar Recht – die Diskussion führen. Es stimmt doch nicht, dass es sozusagen dem Normal-Ossi materiell schlechter geht als dem Flüchtling, der jetzt kommt. Die Zahlen stimmen doch einfach nicht. Aber man muss die Diskussion darüber führen. Man muss argumentieren, und man muss diesem subjektiven Gefühl – das gibt es durchaus -: Mutti liebt uns im Osten auf einmal noch weniger – sie liebt jetzt vor allem die Flüchtlinge! – mit Fakten begegnen und versuchen, es sozusagen zu rationalisieren und zu widerlegen.

Zu Weimar sage ich nichts, weil ich nicht so viel reden will.

**Moderatorin Frau Dr. Birgit Eberbach-Born:** Vielen Dank. – Herr Niedermayer.

**Professor Dr. Oskar Niedermayer:** Nur eine ganz kurze Bemerkung: Herr Wieland, Sie wissen natürlich wie ich, dass es vor der flüchtlingspolitischen Entscheidung im September Flüchtlingsbewegungen gab und dass wir in Deutschland – ich erinnere mich an die Aussage von Herrn de Maizière - zum Beispiel zwei Jahre früher Italien allein gelassen haben, als der Hilferuf kam. Als Italien sagte „Wir müssen europäisch was tun!“, hat de Maizière mit Billigung von Frau Merkel gesagt: Das ist ein italienisches Problem, das geht uns nichts an! – Das war eines der wesentlichen Versäumnisse.

Man muss aber auch sagen, dass die Quantität der ganzen Geschichte bis zum September eine ganz andere war als nach dem September, denn nach dem September stieg die ganze Sache in die Hunderttausenderbereiche für die nächsten Monate – bis zum Frühjahr 2016, und das hatte ein andere Qualität und Quantität als das, was vorher gelaufen ist. Das war eindeutig auf diese Entscheidung zurückzuführen, weil man sehen konnte, wie dann die Zahl der Menschen, die zu uns gekommen sind und einen Asylantrag gestellt haben, dramatisch stieg und erst Anfang, Mitte 2016 wieder sank.

(Wolfgang Wieland: Sie waren schon unterwegs! Sie waren in Ungarn!)

– Ja, die 2000 waren in Ungarn unterwegs, klar. Und dann kam das Selfie mit Frau Merkel und die Botschaft, wie Sie ja richtig gesagt haben, dass die deutsche Kanzlerin jetzt zum Pull-Faktor der ganzen Geschichte wird, und das hat die Quantitäten dann dramatisch verändert.

Und da Sie Frankreich und Schweden erwähnten: Schweden hat sehr schnell reagiert. Frankreich hat sehr schnell reagiert. Und wir haben mit Abstand mehr Flüchtlinge als alle anderen europäischen Staaten zusammen aufgenommen. Das muss man faktisch auch einmal sagen. Das ist dann eben doch eine gesellschaftliche Geschichte, die dann zwangsläufig zu Problemen und Verwerfungen führen muss, insbesondere wenn – wie es halt der Fall war – auch die Administration nicht genügend vorbereitet war, um dieses Problem überhaupt bewältigen zu können.

**Moderatorin Frau Dr. Birgit Eberbach-Born:** Vielen Dank. – Ich habe jetzt noch zwei Wortmeldungen – Frau Prof. Schüttemeyer, dann Sie, und dann würde ich gern noch einmal kurz ans Podium zurückgeben.

**Professor Dr. Suzanne Schüttemeyer:** Ich möchte noch einmal auf das Grundthema unseres heutigen Abends zurückkommen, das ja sehr viel genereller lautet: Was leisten Parlamente und Parteien? Da können wir aus der Politikwissenschaft etwas beitragen, indem wir die Funktionen von Parlamenten und Parteien bestimmen und dann sagen, wie diese Funktionen gegenwärtig unter welchen Bedingungen erfüllt werden. Diese Bilanz kann ich nicht allein ziehen und schon gar nicht in zwei Minuten. Ich möchte aber an ein Stichwort anknüpfen, das Herr Waldorff in die Diskussion gebracht hat, nämlich die innerparteiliche Demokratie:

Ich kann auch Herrn Benz' siebter These glücklicherweise nur zustimmen, dass es nämlich gar nicht so schlecht aussieht, wie es oft perhoressziert wird, dass die Demokratie als Regierungsform schon Schaden genommen habe usw. Was aber feststeht, ist, dass im Zeitverlauf das Ansehen von Parlamenten und Parteien als Organisationen - nicht Einzelner –, als Institutionen gemessen am Wählerzuspruch im Zeitverlauf gesunken ist.

(Zuruf: Über eine lange Strecke! Nicht seit 2015!)

- Nein, über eine lange, lange Strecke; das ist ganz wichtig zu sagen.

Es ist aber auch darauf hinzuweisen, dass wir in Deutschland, auch wenn wir die Parteien über Artikel 21 in die Verfassung aufgenommen haben, unverändert prinzipiell einen Antiparteieneffekt in der Bevölkerung haben. Das ist kein Alleinstellungsmerkmal, wie es so schön heißt, von Deutschland. Das finden wir in anderen Parteien auch; schauen Sie sich beispielsweise Italien an. Aber das ist ein Faktum.

Wir brauchen die Parteien aber, um die zentralen Funktionen der parlamentarischen Demokratie zu erfüllen. Wir brauchen sie als Vermittlungsinstanzen zwischen der Bevölkerung, zwischen den Bürgern und den Institutionen des Staates, insbesondere den Parlamenten. Sie müssen bündeln, sie müssen Kandidaten bereitstellen, sie müssen zu einem Gutteil die Lern- und Lehrorte für Demokratie sein. Wir brauchen Parteien, und deshalb müssen wir dagegenwirken, dass Parteien als Institution ein so schlechtes Image haben. Und wir müssen dafür Sorge tragen – und die Parteien an erster Stelle selbst, aber auch die Bürger -, dass die Parteien handlungsfähig bleiben, und dazu ist dieser Aspekt der innerparteilichen Demokratie von außerordentlicher Bedeutung. Ich möchte nur an das Wort von Ernst Fraenkel erinnern: Der Zustand der Demokratie hängt von ihrer Pflege in den Parteien ab. – Wenn wir in den Parteien genügend Mitwirkungsmöglichkeiten anbieten, wenn wir in den Parteien gut unterscheiden zwischen der Aufgabe, auf der einen Seite Entscheidungen durch gewählte Repräsentanten zu treffen und auf der anderen Seite eine lebendige Debattenkultur zu pflegen, wo inhaltliche Themen aufgegriffen, debattiert, in die Öffentlichkeit, in die Bürgerschaft getragen werden, dann werden wir nach meiner Überzeugung eine ganze Menge dieses Argwohns und dieser Unzufriedenheit mit den Parteien los. Nur dazu müssen sich Parteien an verschiedenen Stellen reformieren, müssen intelligente Lösungen anbieten, wie sie mehr – vor allen Dingen – junge Menschen in ihre Reihen holen, um diese Funktion auch künftig erfüllen zu können. Das ist eine andere Ebene; das können wir jetzt nicht mehr diskutieren, aber ich glaube, dass das eine entscheidende Zukunftsfrage für das weitere Gelingen unserer repräsentativen Demokratie ist.

**Sebastian Bukow (Heinrich-Böll-Stiftung):** Ich kann mich meiner Vorrednerin anschließen, was die innerparteilichen Herausforderungen betrifft, und würde gern im

Anschluss an Herrn Niedermayer Folgendes sagen: Natürlich haben Sie Recht mit der Verschiebung in der Themen-Saliens auf eine Achse, die für die ehemaligen Catch-all-Partys besonders schwierig ist. Ich glaube aber: Wenn wir den Blick europäisch weiten, ist das Problem vor allem der SPD eben kein SPD-Problem, sondern ein Problem der Sozialdemokratie, weil einfach dieser Markenkern und die dahinterliegenden Erzählungen auf Ansätzen basieren, die letztendlich in der Bonner Republik bzw. in den 70-ern noch funktioniert haben, aber nach wie vor nicht wirklich modernisiert sind. Das ist, glaube ich, auch das Problem, was vor allem die deutsche Sozialdemokratie, die SPD, aber auch ein Stück weit die Union jetzt gerade auch diskutieren, wie man eigentlich den Sprung in die Gegenwartsgesellschaft auch auf dieser Konfliktachse hinbekommt. Was wir eigentlich feststellen – ich würde deswegen auch nicht von Krise sprechen –, ist eine Anerkennung einer extrem guten Performance unserer Parteien, weil wir zumindest bundespolitisch ungefähr im 85- bis 90-Prozent-Bereich von systemtragenden Parteien sprechen können, was - auch hier der Blick ins europäische Umland - nicht unbedingt selbstredend ist. Insofern ist es erst einmal per se ganz gut.

Die Herausforderung wurde benannt, ist aber in der Brisanz noch nicht erkannt, und das ist die Verlagerung der Konflikte in die Parlamente und dass eben die Inklusionskraft und die Integrationskraft der ehemaligen Volksparteien nicht mehr funktioniert, wie wir jetzt in den Parlamenten die Debatte haben, was zu Veränderungen der politischen Kultur und auch zu einer Polarisierung führt und, glaube ich, noch große Probleme bringt, und zum anderen eine zunehmende Regionalisierung, weil wir eben in einzelnen subnationalen Bereichen – denken wir an die Landtagswahlen, die bevorstehen – die Gefahr haben, dass tatsächlich systemfeindliche Parteien nicht im 10- bis 15-Prozent-Bereich, sondern im 30+x-Bereich liegen, was dann wirklich schwierig ist.

Und die dritte und damit letzte Herausforderung: Was mir wirklich Sorge macht, ist, wie wenig die Motivation auch in den systemtragenden Parteien vorhanden ist, im Bund Regierungsverantwortung zu übernehmen. Das wurde nach Jamaika sehr deutlich und sieht man gerade auch in der SPD: Der Wille zur Gestaltung ist so gering, und das bereitet wirklich Sorgen. Mir fallen im Moment überhaupt nur zwei Parteien ein, die wirklich bereit wären, gemeinsam zu regieren. Ob die dann mehrheitsfähig sind, wird sich zeigen. Aber es ist, glaube ich, wirklich eine Herausforderung.

**Moderatorin Frau Dr. Birgit Eberbach-Born:** Vielen Dank. – Frau Schüttemeyer hat schon vorweggenommen, worum ich jetzt das Podium bitte, nämlich zu sagen: Was festigt unsere repräsentative Demokratie? Wenn Sie bei Ihrem Schlusswort, das bitte nicht länger als zwei Minuten sein möge, dazu auch etwas sagen würden? Ich beginne mit Herrn Prof. Niedermayer.

**Professor Dr. Oskar Niedermayer:** Ich kann als Empiriker nur noch einmal unterstreichen, dass unsere repräsentative Demokratie im Gegensatz zur Weimarer Demokratie eben nicht nur eine demokratische Struktur hat, sondern auch eine demokratische Kultur, das heißt, gestützt wird durch demokratische Grundorientierungen in der Bevölkerung. Man kann ja zwischen den drei Ebenen unterscheiden: Demokratie als Idee und die konkrete Ausformung über das Grundgesetz und dann sozusagen eine dritte Ebene – die Verfassungswirklichkeit. Daran wird von der Bevölkerung viel kritisiert, aber was die anderen beiden Ebenen angeht, heißt es ganz klar: Wir haben eine ganz stark gefestigte Grundüberzeugung, dass die Demokratie sowohl in der Form, wie es unser Grundgesetz konkretisiert, als auch einfach als übergreifende Idee, das Sinnvollste ist, was wir haben können. Und insofern sind wir auch, glaube ich, von dieser Seite her, von der politischen Kultur her nicht gefährdet.

**Professor Dr. Christian Waldhoff:** Ich würde auch noch einmal an Frau Schüttemeyer kurz anknüpfen. Ich stimme überein: Parlamentarismuskritik und Anti-Parteien-Effekt sind Traditionsstränge, die offen oder unterschwellig aus Weimar erschreckend stark herüberreichen, obwohl in Weimar beide Institutionen teilversagt haben und das in der Bundesrepublik eigentlich nicht der Fall ist; das ist ja das Interessante. Das ist die Frage, die ich mir immer stelle und auf die ich auch keine richtige Antwort habe. Deswegen muss man immer gegen Parlamentarismuskritik und Parteienkritik vorgehen.

Und ich würde noch sagen: Das Weimar-Argument würde ich nicht überstrapazieren. Weimar gewinnt auch eine Eigendynamik. Wir haben jetzt das hundertjährige Jubiläum, insofern liegt es irgendwie im Raum und in der Stimmung, aber man kann auch Weimar herbeireden. Das ewige Weimargerede in Bezug auf die Analyse empfinde ich mit Blick auf die Bundesrepublik nur bedingt als glücklich und würde mit Herrn Niedermayer enden: So richtig Sorgen um die demokratische Kultur mache ich mir immer noch nicht.

**Moderatorin Frau Dr. Birgit Eberbach-Born:** Das klingt ermutigend. Aber Weimar scheint doch eine Bedeutung zu haben, da Sie einen Band dazu herausgegeben haben.

(Heiterkeit)

Herr Benz, bitte.

**Professor Dr. Wolfgang Benz (Technische Universität Berlin):** Ich kann dem Schlusswort von Frau Schüttemeyer nichts hinzufügen, allenfalls die Fußnote, dass mir das Ressentiment gegen Parlamente und Parteien noch viel älter erscheint. Das geht weit in den Wilhelminismus zurück, und der kleine Mann, die kleine Frau denkt: Ja, die haben alle einen feinen Anzug an, und da sitzen sie und schwatzen nur. – Das ist ja sehr wirksam: Handeln statt Reden! – Mit solch schlichten Parolen kriegt man die Leute. Umso mehr ist also die notwendige Überzeugungsarbeit zu leisten, wie wichtig es für das Funktionieren der Gesellschaft ist, dass wir leistungsfähige Parteien und funktionierende Parlamente haben. Da kann ich nur noch einmal beschwören: Man muss mit den Leuten reden!

Man darf die Leute auch nicht allein lassen mit dem blöden Unfug: Wir sind jetzt Bürger dritter Klasse und den Flüchtlingen schiebt man es überall rein! – Genau das hatten wir 1945 mit den Opfern des Nationalsozialismus, die angeblich unglaublich verzärtelt wurden. Die P-Lager sollen nach dem Neid der bodenständigen Bevölkerung und der ehemaligen Nazis so glänzend versorgt worden sein, dass man es gar nicht fassen kann. – Es muss doch möglich sein, auch mit Argumenten klar zu machen: Die Infrastruktur der neuen Bundesländer zu reparieren, das hat uns so und so viel gekostet. Und die Flüchtlinge auf einem bescheidenen Niveau über Wasser zu halten, und diese Wellblechhütten und Container, das kostet uns so viel. – Dann werden die Unterschiede deutlich. Das klarzustellen darf man nicht ermüden. Und es reicht auch nicht, das im Parlament darzustellen, sondern da muss sich der Abgeordnete im Namen seiner Partei in seinem Wahlkreis mit dem Bürger auseinandersetzen, und das macht sich weiter oben dann wieder bezahlt.

**Frau Dr. Birgit Eberbach-Born:** Ich bedanke mich sehr herzlich bei Ihnen, Herr Prof. Benz, Herr Prof. Waldhoff und Herr Prof. Niedermayer.

Ich bin jetzt etwas optimistischer, als ich es zu Beginn unserer Abendveranstaltung war, und bedanke mich sehr, dass Sie gekommen sind, dass Sie sich an der Diskussion beteiligt haben. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend und einen guten Nachhauseweg und hoffe, dass Sie unsere nächste Veranstaltung wieder so zahlreich besuchen. Vielen Dank!

(Beifall)